

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926.)

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

(Telephon Nr. 926.)

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 1,60. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4069a, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühren betragen für die viergespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 147.

Freitag den 27. Juni 1902.

9. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Zum Quartalswechsel

richten wir an unsere Leser und Freunde die Bitte, durch Werbung neuer Abonnenten für die weitere Ausbreitung des „Lübecker Volksbote“ Sorge tragen zu wollen.

Für die Arbeiterschaft besteht auch im Sommer die Nothwendigkeit, sich fortgesetzt über den Stand der politischen Ereignisse zu informieren. Zwar sind die Parlamente auf einige Monate in die Ferien gegangen und auch die leitenden Staatsmänner und Parlamentarier befinden sich zum größten Theile auf Erholungsreisen. Der Arbeiter aber hat keine Ferien, außerdem tagt auch noch die **Polittarifkommission** weiter, deren Verhandlungen der aufmerksame Zeitungsleser verfolgen muß.

Vor allen Dingen aber geht auch in den Sommerferien das **Elend, die Arbeitslosigkeit, die Noth** der breiten Volksmassen weiter. Die niederdrückende Sorge um das tägliche Brod, die Furcht, ob wohl morgen noch Arbeit und Verdienst vorhanden sein wird; ferner die Ungerechtigkeit der heutigen Gesellschaftsordnung — das alles muß der Arbeiter Sommer und Winter über sich ergehen lassen.

Aber es ist ein Unterschied, ob man sich vorreden läßt, wie dies die bürgerlichen Klatschblätter thun, daß diese Unvollkommenheit der Welt nun einmal unabänderlich sei, daß es immer Arme und Reiche gegeben habe und geben werde, daß es den Armen auf Erden dereinst am so besser im Himmel gehen werde, je schlechter sie es hier unten gehabt haben, oder ob man selbst Hand mit anlegt, um die Ursachen der Unvollkommenheit der bürgerlichen Weltordnung aus der Welt zu schaffen, ob man sich mit feinesgleichen mit den anderen Entrechteten und Ausgebeuteten zum gleichen Zwecke zusammen schart.

Zu diesem Kampfe ist die **Presse die Führerin**, der Herold. Aber **nur die Arbeiterpresse**. Die bürgerliche Presse kann diese Aufgaben gar nicht erfüllen, weil sie im Dienst der herrschenden, ausbeutenden Klasse steht und alles anwendet, um diese Klasse gegen die arbeitende Klasse zu schützen. **Wenn deshalb ein Arbeiter ein bürgerliches Blatt liest, so begeht er damit direkten Verrath an seinen Klasseninteressen.** Denn das Blatt will ihn verwirren, ihn abbringen von seinen Zielen.

Aber die Arbeiterpresse! Sie will den Kampf der Arbeiterklasse organisieren helfen; sie will aufklären, aufmuntern, begeistern; sie steht jede Minute auf dem Posten, um irgend eine Schwäche der Gegner auszukübeln und sie zum Vorthheil der Arbeiterschaft anzunützen; sie berichtet über die Kämpfe der Arbeiter, der Gewerkschaften in anderen Städten, kurz, die Arbeiterpresse arbeitet nur im Interesse der Arbeiter.

Aber nicht nur den Kampf allein hat sie auf ihre Fahne geschrieben. Die Arbeiterpresse will auch belehren und unterhalten. Darum bringt ein sozialdemokratisches Blatt auch Artikel aufklärenden, belehrenden Inhalts, darum legt es Werth auf gediegenes, abwechslungsreiches Feuilleton. In dieser Beziehung steht die Arbeiterpresse nicht nur nicht hinter den bürgerlichen Blättern zurück, sondern es ist mehrfach anerkannt, daß sie ihnen weit überlegen ist. Sie ist ihm aber noch unendlich überlegen durch Klarheit des Wollens, durch Zuverlässigkeit der Uebersetzung, durch die muthige Entschlossenheit des Vorgehens, durch die Rücksichtslosigkeit der Kritik, die bei sozialdemokratischen Blättern nicht durch geschäftliche Neben Zwecke irgend welcher Art beeinträchtigt wird, und die deshalb auch wegen ihrer Unbestechlichkeit gefürchtet wird. Ein schlechter Kämpfer aber ist, wer seine Waffe nicht ehrt! Wer es ehlich meint mit sich und seinen Mitmenschen, wenn der endliche Sieg des Sozialismus am Herzen liegt, der lese nicht nur selbst das Organ der werththätigen Bevölkerung, sondern schaffe auch neue Freunde dem

„Lübecker Volksbote“.

Die Krefelder Husaren.

In Düsseldorf oder auch in Paderborn und Neahaus wird es nächstens heißen: „Was blasen die Trompeten? Husaren heraus!“ Denn aus diesen Garnisonen werden höchst wahrscheinlich die Husaren entnommen werden, deren Verlegung nach Krefeld einem tiefgefühlten Bedürfnis der Töchter der Herren vom Sammet und der Seide entspricht, einem Bedürfnisse, das der Kaiser sofort, nachdem es ihm bekannt geworden, befriedigen zu wollen erklärt hat. Der Kaiser hatte den Krefelder Ehrenjungfrauen junge Leutnants zum Tanze gewünscht. Der Kaiser ist der Meinung, daß der Leutnant für ein Mädchen das höchste der Gefühle sein müsse, und in vielen Fällen trifft's ja auch zu. Besonders bei jenen jungen Krefelderinnen; denn deren Wortführerinnen

antworteten mit der Klage, daß ja gar keine Leutnants dort wären. Worauf der Kaiser versprach, ihnen Leutnants hinzuschicken. Bis hierher hatte diese wahre Geschichte einen mehr scherzhaften Charakter.

Nun kommt aber das zweite Kapitel. Am Abend desselben Tages, da diese denkwürdige Unterredung zwischen dem Kaiser und den Krefelder Fabrikantentöchtern stattgefunden hatte, traf beim Oberbürgermeister von Krefeld eine Depesche des kommandirenden Generals des VII. Armeekorps ein, welche mittheilte, daß auf Befehl des Kaisers ein Husaren-Regiment nach Krefeld gelegt werden sollte; für die Unterbringung in der Stadt und für die Beschaffung eines Exerzierplatzes außerhalb der Stadt sollten alsbald Vorschläge gemacht werden. Und der Oberbürgermeister ging hin und telegraphirte sofort zurück; der erneute Beweis allerhöchster Guld und Gnade habe in der ganzen Bürgerschaft Jubel und Freude hervorgerufen. Letzteres konnte aber das Stadthaupt ja noch gar nicht wissen, und es hat wohl die Leutnantssehnsüchtigen Ehrenjungfrauen mit der Bürgerschaft verwechselt. Nach unserer Wissenschaft waren bisher die Krefelder abgelegte Feinde des Gedankens an eine Beglückung dieser arbeitssamen großen Fabrikstadt mit Soldaten. Und die Begeisterung wird sich auch jetzt kaum einstellen. Denn einmal können Garnisonen in Hauptindustrievorten aus naheliegenden Gründen nicht wünschenswerth sein. Zum zweiten werden den Steuerzahlern zu Krefeld und im Reiche erhebliche Kosten aus dieser neuen Garnison erwachsen. Und zum dritten werden die Bürgeröhne von Krefeld wenig davon erbaut sein, daß man ihnen Husarenleutnants und Husarenjubilantoffiziere auf die Nase setzt, bloß weil eiliche zierpüppige Goldstücke an der Uniformtolheit leiden. Uebrigens was schafft denn dieses ganze Regiment an Offizieren heran? Ein Husaren-Regiment hat 16 Oberleutnants und Leutnants, und die Herren sind sehr, sehr wählerisch im Umgange und sehr vorsichtig in der Wahl der Schmiegeväter.

Wir genießen bereits im voraus die rührenden Schilderungen von des Kaisers „Leutnantsigkeit“ und „Märschorgie“ auch aus diesem Anlasse. Man denke, — die jungen Krefelderinnen wollen gern mit Leutnants tanzen, und flugs befiehlt der Kaiser: Krefeld bekommt ein Husarenregiment. Nun hat die Sache eiliche Hafen. Ist denn der Staat heute noch ein Gebiet und Gebilde zur ausschließlichen Machtbethätigung und Verfügung seines erblich berufenen ersten Beamten, des Königs? fragt weiterhin die „Berl. Zeitung“, der wir diese Ausführungen entnehmen. Zu den Zeiten Friedrich Wilhelms I. konnte noch der Staat gleich einem Meierhofe verwaltet werden und jedem Unterthanen gewissermaßen Zuderbrod und Peitsche zu theil werden, je nach des Alleinherrschers Willen. Als der König-Korporal starb und seinem Nachfolger Friedrich II. zwei Millionen „Sujets“, Einwohner, und 80 000 „Kerls“, Soldaten, hinterließ, auch da war anfänglich noch das Regiment des Krüchthods möglich, und der König konnte dem Volke als Knecht Ruprecht erscheinen, der für die artigen Kinder Aepfel und Nüsse und für die unartigen die Ruthe in Bereitschaft hatte. Aber schließlich sind doch ganz andere Zeiten gekommen. Mit der Ausdehnung des Staates und mit der Ausbreitung und dem Wachstum der Erkenntnis und der Selbstständigkeit der Staatsbürger sind mehr und mehr die Grundlagen hingschwunden, auf denen sich die selbstherrliche Fürstenmacht erhob und lange Zeit erhalten hatte.

Es ist längst nicht mehr angängig, daß an dem Willen und dem Lebensfaden eines Einzelnen das Glück und das Weh zahlreicher Menschen hängt. Auch der persönlich bestmeinende und beste Fürst, der absolutistisch verfährt, kann nicht mit Absolutismus als Idee und Staatsanrichtung ausföhnen, weil die unumschränkte fürstliche Selbstherrlichkeit sich als ein schweres Uebel und als ein für die Völker unwürdiger Zustand erwiesen hat. Die Völker sind zur Selbstbefreiung geschritten, und es ist eine Theilung der Gewalten eingetreten, welche den Gedanken des Absolutismus verwarf. Wir haben bei uns neuerdings Zustände sich herausbilden sehen, welche trotz des Bestehens verfassungsmäßiger Formen, ein auffälliges Umsichgreifen absolutistischer Politik mit sich gebracht haben. Wo giebt es denn noch ein Gebiet, auf welchem der Wille des Kaisers, der überdies nicht einmal Reichsmonarch ist, nicht maßgebend wäre? Wenn es zutrifft, was der Staatsrechtslehrer Murrhard einst geschrieben, daß es nämlich das Kennzeichnende eines absoluten Fürsten ist, daß alles im Staate durch seinen Selbstwillen geschehend angesehen werden soll, — dann möchten wir einmal fragen, wie weit wir darn von einem solchen Zustande noch entfernt sind. Wenn man so lange Krefeld ohne Garnison gelassen hat, so hatte man dazu keine guten Gründe. Eine einzige Unterredung des Kaisers mit jungen Damen und der Wunsch, ihnen eine Freude zu machen, reichen aus, um den Zustand plötzlich zu ändern.

Der Kaiser ist allerdings oberster Kriegsherr, aber die Militärverwaltung ist Sache theils des Reichsanzlers, theils des Kriegsministeriums; mithin konnte der kaiserliche Befehl zur Beglückung Krefelds mit einem Husarenregiment nicht ergehen, ohne daß der Reichsanzler oder der Kriegsminister

dieser Anordnung zustimmten und durch Gegenzeichnung die staatsrechtliche Verantwortung dafür übernehmen. Aber davon ist anscheinend keine Rede. Sondern der Kaiser hat befohlen, und ein General hat den Befehl verkündet. Allerdings wird hinterher der Reichstag noch in Frage kommen, wenn es gilt, die Geldmittel für eine Kaserne zu bewilligen, Millionen für die Ausführung dieser neuesten Garnisonierung. Aber inzwischen gilt das Wort: „Hoc volo, sic jubeo — das will ich, so befehle ich.“ Die freien Geschenke kaiserlich-königlicher Gnade — wir erinnern nur an die Aufhebung des Diktaturparagraphen für Elsaß-Lothringen — sind das Bestimmende und Bezeichnende. Wir gerathen immer mehr in den Zustand zurück, da es nur den „einen Hirten“ und die „eine Herde“ gab. Wer bisher in Verlegenheit darüber war, welche besonderen und ohne weiteres in die Augen fallenden Werke außer der Vermehrung der Flotte dereinst als kennzeichnend für die Regierung Wilhelms II. werden zu verzeichnen sein, der kommt nachgerade zu dem Gedanken, in diesem Fürsten den Wiedererwecker des Absolutismus zu sehen, von dessen Vollerhebung uns nur noch eine schwache Grenzlinie zu trennen scheint.

Soweit die Ausführungen des bürgerlichen Blattes, die auch wir zu einem großen Theile voll und ganz unterschreiben können. Doch etwas sehr Wichtiges hat die „Berliner Ztg.“ vergessen anzugeben: daß sich Deutschland mehr und mehr dem Absolutismus wieder nähert, ist die Schuld der Rückgratlosigkeit des Bürgerthums!

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die neue Flottenvermehrung. Offiziös wird zu den neuen Flottenplänen bemerkt:

„Es ist allgemein bekannt und bei den Verhandlungen gelegentlich des Flottengesetzes 1900 ausdrücklich betont, daß vom Jahre 1906 ab eine Vermehrung der Auslandsflotte beabsichtigt sei. Die gesetzliche Festlegung dieser Vermehrung ist damals unter Einverständnis der verbündeten Regierungen verhandelt worden und wird nach der Erklärung des Staatssekretärs des Reichs-Marineamts gelegentlich der Reichstagsitzung vom 7. Februar 1902 voraussichtlich in der Session 1904/5 erneut beantragt werden. Ueber die Art einer solchen Vorlage schon jetzt Mittheilungen anzugeben, ist nach unserer Ansicht recht überflüssig, da selbstverständlich nach dieser Richtung hin noch keinerlei Entschlüsse an den maßgebenden Stellen gefaßt sein können.“

Man möge also vor allen Dingen — darauf scheint die offiziöse Notiz abzielen — sich nicht auf zu niedrige Sissern gefaßt zu machen, um die es sich in zwei Jahren handeln wird. Wir unsererseits werden uns dieser Sünde nicht schuldig machen. Im Gegentheil: wir glauben, daß es sich dabei wieder um recht hohe Posten handeln wird — trotz der traurigen Finanzlage und der wirtschaftlichen Depression.

Die Zolltarifkommission setzte am Mittwoch die Berathung der Kornzölle fort. Interessant war, daß der konservative Abg. Förster (Sachsen) im Interesse der sächsischen Weberei gegenüber den hochschützollnerischen Forderungen der Baumwollspinner rein freihändlerische Anschauungen entwickelte, und zwar als Antwort auf einen „Appell“ des Regierungsvertreter's Direktor Wernmuth an das „agrarische Herz der konservativen Parteien“. Bemerkenswerth war auch das Eingeständnis des Abg. Förster-Sachsen, daß die Kornzölle die Ernährung der Arbeiter erschweren. Dieser Abgeordnete sagte nämlich wörtlich: „Wir Konservativen wollen ja höhere Getreidezölle — gewiß. Da aber die Getreidezölle den Arbeitern die Nahrungsmittel vertheuern, so können wir ihnen doch nicht auch noch durch hohe Garnzölle den Verdienst schmälern und zugleich die Kleiderstoffe im Preise in die Höhe treiben.“ Da über die Garnzölle, nach den Vorschlägen der einzelnen Anträge aufsteigen, abgestimmt wurde, wie Dr. Müller-Sagan angeregt hatte, so fielen den freisinnigen Anträgen auf Zollermäßigung auch die Stimmen der Sozialdemokraten und der Weberei-Interessenten zu, so daß sie durchweg, wenn auch nicht in vollem Umfang, zur Annahme gelangten. Bei Position 444 wurde die Berathung auf Donnerstag vertagt.

Der Verein Deutscher Korsetz-Industrieller beantragt bei der Zolltarifkommission, der Reichstag möge in den Zolltarif eine besondere Position für Korsetz einstellen. — Wenn man die Korsetz nach agrarischem Rezept als gesundheitschädlich gänzlich verböte (was in diesem Falle notabene auch berechtigt wäre), so wären die ausländischen Korsetz überhaupt ungeschädlich.

Der Zentralverband mit dem Bettelrad. Die Industriefartelle, jene großen wirtschaftlichen Verbände, erfreuen sich bekanntlich bei den Konsumenten nicht besonderen Wohlwollens, und sie sind daher, nicht ohne ihre Schuld, von den verschiedensten Seiten schärf angegriffen worden. Es ist sogar angeregt worden, im kartellfeindlichen Sinne gesetzlich vorzugehen. Unter diesen Umständen sieht sich der Zentralverband der Industriellen veranlaßt, eine Aktion zu Gunsten der angegriffenen Kartelle einzuleiten. Er geht daher bei diesen sammeln. Er hat nämlich an die Kartelle und Syndikate ein Schreiben gericht-

Amerika.

Zu den venezolanischen Wirren wird offiziell über Berlin gemeldet: Die Schiffskommandanten der in den venezolanischen Gewässern sich befindenden deutschen Kreuzer melden die Nothwendigkeit der gleichzeitigen Besetzung mehrerer Häfen des Landes. Die politische Lage in La Guayra hat sich gebessert.

Lübeck und Hamburg etc.

Donnerstag, den 26. Juni.

Zuzug ist fernzuhalten von Maurern, Zimmerern und Bauarbeitern nach Hamburg, Altona, Wandsbek, Wilhelmshagen, Harburg, Kiel, Neumünster und Dömitz, von Maurern nach Breeh, Köbel, Malchow, von Steinsetzern, Rammern, Steinmetzen und Granitschleifern nach Kiel, Schneidern nach Flensburg, von Klempnern nach Hamburg.

Eine Erhebung über die Arbeitszeit im Fleischer-gewerbe ist bekanntlich vom Reichsanwalt angeordnet worden und zwar soll sich dieselbe über die Betriebe eines bestimmten Bezirkes beschränken, in denen regelmäßig wenigstens ein Gehülfe oder Lehrling mit dem Schlachten oder Verarbeiten des Fleisches beschäftigt ist. Das Stadt- und Landamt hat nun in dieser Veranlassung folgende Vorschriften erlassen:

1. Für alle im Marien-Quartier sowie auf der nördlichen Seite der Mengstraße in der Stadt Lübeck befindlichen Betriebe vorbezeichneter Art, in denen regelmäßig ein Gehülfe oder ein Lehrling mit den gedachten Arbeiten auf Grund eines Arbeits- oder Lohnvertrages beschäftigt wird, sind Fragebogen auszufüllen, und zwar für die eine Hälfte der Betriebe an die Arbeitgeber (Geschäftsinhaber) für die andere Hälfte an je einen der Arbeitnehmer. 2. Die Betriebe sind in die Reihenfolge, welche der alphabetischen Ordnung der Anfangsbuchstaben ihrer Firmennamen entspricht, gebracht. Der ersten Hälfte dieser Reihe sind die Fragebogen für Arbeitgeber, der zweiten die Fragebogen für Arbeitnehmer zuzuwenden. 3. In den Betrieben mit mehreren Arbeitnehmern haben sich die in dem Betriebe beschäftigten Arbeitnehmer darüber zu verständigen, wer von ihnen den Fragebogen zur Beantwortung in Empfang zu nehmen hat; andernfalls wird der Fragebogen dem am längsten im Betriebe thätigen Gehülfe ausgehändigt. In Betrieben, in welchen nur Lehrlinge beschäftigt sind, erfolgt die Ausfüllung des Fragebogens durch den Arbeitgeber. 4. Die Fragebogen sind durch beauftragte Personen, welche mit Legitimationskarten versehen sind, den Arbeitgebern und Arbeitnehmern auszustellen. Die Befragten werden zu sorgfältiger schriftlicher Beantwortung der auf den Bogen enthaltenen Fragen aufgefordert. Am nächsten Tage nach der Unabhängigkeit werden die Fragebogen wieder eingeliefert.

Die Bezahlung der vom Staat beschäftigten Arbeiter ist nach Meinung mancher Leute eine angemessene. Der Staatsanwalt Dr. Wenda ist ja sogar der Meinung, daß durchschnittlich in Lübeck für Staatsarbeiter die höchsten Löhne gezahlt werden. Wie diese höchsten Löhne beschaffen sind, haben wir bereits nachgewiesen. Heute liegt uns nun ein vom Förster Dahl unterzeichneter Lohnzettel vor, aus welchem man zu recht interessanten Schlussfolgerungen über die Löhne mancher vom Staat beschäftigten Arbeiter gelangt. Dieser Lohnzettel betrifft die von 13 resp. 12 im Israel-sdorfer Forstrevier beschäftigt gewesenen Arbeitern geleistete Akkord resp. Lohnarbeit. Sein Betrag lautet auf 28,70 Mk. und vertheilt sich mit 22,20 Mk. auf 1 Tag Akkordarbeit und mit 6,50 Mk. auf 1/2 Tag Lohnarbeit. Ersterer Lohn ist von 13 resp. 12 Mann an einem Tag (12 Stunden inkl. Mittags-, Frühstück- und Vesperpause) in Akkord verdient worden, es entfallen also auf jeden Arbeiter im Höchsthalle 1,80 Mk. Tagelohn. In diesem Lohn ist das Begegeld mit einbegriffen. Da nun von der 12stündigen Arbeitszeit 2 Stunden Pausen abgehen, so haben also diese Leute in Akkord pro Stunde höchstens 18 Pfg. verdient. Dann mußten sie noch morgens und abends je 1 Stunde auf den Hin- und Rückweg verwenden, sodaß sie also mindestens 14 Stunden am Tage anlässlich ihrer Arbeit unterwegs waren. Ist unter solchen Umständen ein Stundenlohn von 18 Pfg. für schwere Arbeit als angemessen zu bezeichnen? Wir möchten es sehr stark bezweifeln und hätten mindestens erwartet, daß man den vom Staat beschäftigten Arbeitern auch bei der Akkordarbeit einen Vorschuss von 2 Mk. täglich garantieren würde. Will man diesen Weg nicht einschlagen, dann möge man die Akkordsätze erhöhen. Da aber beides nicht geschieht, so ist es leicht erklärlich, daß viele beim Torfmoor beschäftigte Arbeiter ihre Arbeit dort aufgeben und lieber einer ungewissen Zukunft entgegengehen, als sich für derartige Löhne abquälen. Ob das Ansehen des Staates unter solchen Umständen bei der Arbeiterschaft steigt, mag dahingestellt bleiben. Das aber steht fest: daß der Staat durch das Befestigen dieser unfruchtbar niedrigen Löhne weitaus mehr die Unzufriedenheit schürt, als wir „berufsmäßigen Heher“ dazu in der Lage sind.

Ein eifriges Liebeswerben ist in der letzten Zeit seitens des Komitees für den modernen Lübecker Karnevalszug, auch Volksfest genannt, bei den verschiedensten Vereinen und Korporationen entfaltet worden. Die Schlächter-gesellen-Brüderschaft, die Träger und die Gärtner, welche sämtlich im Vorjahre freitren, wollen dieses Mal wieder mitmachen; aller Wahrscheinlichkeit nach hat sich das Komitee in diesem Jahre den genannten Korporationen gegenüber etwas willfähriger gezeigt als im Vorjahre und die gestellten „Forderungen“ bewilligt. Insbesondere dürfte den Herren die Theilnahme der nach der „E.-B.“ bereits schmerzlich vermissten Schlächter-gesellen-Brüderschaft etwas theuer zu stehen kommen. Trotz aller Bemühungen wird der „Volksfestzug“ von Jahr zu Jahr immer mehr zu einem Karnevalszug herabsinken, den man mit dem besten Willen nicht mehr ernst nehmen kann.

Das gestrige Waifenkinderfest gestaltete sich infolge des herrlichen Wetters zu einem Kinderfest in des Wortes vollster Bedeutung. Am Morgen begaben sich die Waifenkinder unter Vorantritt einer Musikkapelle nach dem Festlokal (Konzertsaal Lübeck), wo sie den Tag in frohlichster Stimmung verbrachten. Beim Proklamieren wurde der Knabe Schrader II zum König proklamiert; derselbe erhielt neben einer Prämie von 50 Mark einen silbernen Eßlöffel. Königin wurde Minna Knaack. Auf dem Festplatze herrschte bis zum späten Abend Jubel und Trubel; eine ungeheure Menschenmenge wogte hin und her.

Die Tagesordnung der am Montag stattfindenden Bürgerschafts-Versammlung ist wie folgt festgesetzt worden: I. Wahl eines Protokollführers der Bürgerschaft. II. Ablegung der Rechnung über die Ausgaben der Bürgerschaft. III. Abänderung von § 40 der Geschäftsordnung. IV. Ertheilungen des Senates. V. Anträge des Senates. 1. Erhöhung der Honorare für die Mitglieder des Senates. 2. Anstellung eines Kanzlisten am Staatsarchiv. 3. Gesetz betreffend die Geschäftssteuer. 4. Einführung des hauswirtschaftlichen Unterrichts in den Lehrplänen der Mädchen-Volksschulen in der Stadt und deren Vorstädten und Bewilligung der Mittel zur Fortführung der bestehenden Haushaltungsschule. 5. Verkauf von 345 qm Staatsland an der Schwarzenwer Allee an den Kaufgärtner Theodor Wilhelm Pielh. 6. Ermächtigung der Verwaltungsbehörde für städtische Gemeindefinanzen zur Verwendung der Ueberschüsse des Kasernen-Kontos zur außerordentlichen Tilgung der für den Kasernenbau an der Marktstraße aufgenommenen Anleihe. VI. Kommissionsberichte betreffend: 1. das Wohnungspflege-gesetz; 2. die Auskehrung der Beamten-Wittwen- und Waisen-Kasse an den Staat, die Gemeindefinanzen und öffentlichen Wohlthätigkeitsanstalten. VII. Besprechung des Senatsbeschlusses vom 9. April d. J., betr. die Aufhebung der Beamtenkautionen.

Himmelserscheinungen während der Dämmerung. Nach einer Hamburger Meldung kann man dort seit dem Abend des 16. Juni die seltenen Dämmerungserscheinungen wahrnehmen, wie sie einst von 1883—1886 nach dem Ausbruch der Sunda-Vulkane, Bit Rakata u. a. am 26. bis 27. August bis 27. August 1883, allerdings in größerer Farbenpracht, aufgetreten sind. Das schöne Naturspiel zeigt sich des Abends von 9 Uhr 20 Minuten bis 9 Uhr 50 Min. am ganzen nordwestlichen Himmel und des Morgens von 2 Uhr 45 Minuten bis 3 Uhr 15 Minuten am nordöstlichen Horizont und ist in den letzten Tagen auch bei uns in Lübeck zu beobachten gewesen. Zuerst tritt Abends stets ein intensives Gelb, dann Chromgelb, Orange und schließlich Roth auf, Morgens in umgekehrter Folge, das aber nicht mit Abend- oder Morgenroth an Wolkenmassen zu verwechseln ist, sondern weit höheren Schichten der Atmosphäre, in denen keine Wolken mehr vorkommen — ca. 50 km hohen Regionen — angehört. — Die Erscheinungen werden mit den Eruptionen des Mont Pelee in Verbindung gebracht und bestätigen die in dem Stenographischen Artikel dargelegten Ausführungen, welcher in vorgestrigter Nummer unseres Blattes zum Abdruck gelangte.

Die Wasserwärme der Badeanstalt des Krähen-teiches betrug Mittwoch 20 Grad Celsius.

Stenographie! Da es von größtem Interesse ist, die Anzahl der Kenner der Gabelberger'schen Stenographie festzustellen, werden alle diejenigen Damen und Herren, welche die Gabelberger'sche Stenographie erlernt haben, dringend gebeten, ihre Adressen an den Vorort des Baltischen Verbandes Gabelberger'scher Stenographen in Pommern, Mecklenburg und Lübeck (Vorstandsbesitzer Herr W. Müller, Stralund, Tiefseerstraße 24) einzuliefern.

Konkurrenzöffnung. Ueber das Vermögen des Elektro-technikers J. G. Clasen in Lübeck, Mengstraße 4, ist am 25. Juni das Konkursverfahren eröffnet und der Rechts-anwalt Wienert zum Konkursverwalter ernannt worden. Erster Termin findet am 19. Juli, Vorm. 9 Uhr, im Gerichtsgebäude, Zimmer 20, statt. Konkursforderungen sind bis zum 31. Juli beim Amtsgericht einzureichen.

Rageburg. Unter einem schweren Verdacht steht der hier wohnhafte verheiratete Arbeiter C. Langhans, der am Sonntag einem Recksumpanen Geld und eine Uhr nebst Kette entwendet haben soll. Er wurde am Montag Mittag verhaftet.

Kleine Chronik der Nachbargebiete. In Kethwisch bei Doberan hat ein dort dienendes Mädchen heimlich im Roggenfelde ein Kind geboren und dasselbe dann verscharrt. Untersuchung ist eingeleitet. — Eine der ältesten und größten Fellen- und Häutefirmen Altonas, B. Sohn u. Co. ist in Konkurs gerathen. Die Passiva sollen 300 000 Mark betragen. Das Fallissement hat Aufsehen hervorgerufen. — Das Hamburger Schwurgericht verurtheilte die Hausmamsell Dohring wegen Urkundenfälschung, Betrugs und Betrugsversuchs zu 2 Jahren 6 Monaten Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust. Dieselbe hatte, um Aliments zu erlangen, zwei uneheliche Kinder als von ihr geboren auf dem Standesamte angemeldet, während sie in Wirklichkeit garnicht geboren hatte. — Bei dem Vergnügen eines Hamburger Dilettantenvereins extrant am Sonntag ein junger Mann, der sich mit Bootfahren vergnügte. — In Bugte-hude gerieth infolge achtlosen Fortwerfens eines Streichholzes beim Lampenanzündens die Kleidung eines jungen Mädchens in Brand. Das bedauernswerthe Mädchen erlitt lebensgefährliche Brandwunden. — Bei einem auf der Dste (Hannover) erfolgten Zusammenstoß zwischen einem Kahn und einem Kutter wurde Ersterer zertrümmert und der Insasse, ein Fischknecht, nahezu zermalmt.

Samburg. Zusammenrottungen von Kindern und Halbstarcken, wozu sich selbstverständlich auch Neugierige beiderlei Geschlechts gesellten, entfielen Dienstag und Mittwoch Abend in den beim Stabilissement „Viktoriagarten“ in Warmbel gelegenen Straßen. Die Ursache hierzu ist, nach unserem Hamburger Parteiorgan, folgende: In dem Hause Ede Vogelweide und Volksdorferstraße sind in der zur Zeit leerstehenden ersten Etage sechszehn aus Baiern nach hier importirte arbeitswillige Maurer in einem Massenquartier untergebracht, was selbstverständlich in einem so volkreichen Stadtviertel wie Warmbel nicht unbemerkt bleiben konnte. Als Dienstag Nachmittag nach 6 Uhr die zum größten Theil blutjungen, eben erst aus der Lehre gekommenen Arbeitswilligen den Hauptplatz des Maurermeisters Wald bei der Gasanstalt in Warmbel verließen, hatten sich einige Duzend Kinder und junge Burken eingefunden, welche die verehrten neuen Warmbeler Mitbürger mit Pfeifen und Gejohle und mit auf ihre „Arbeitswilligkeit“ Bezug habenden Bemerkungen empfingen. Wenn in einer Großstadt eine alte abgetriebene Rosinante zusammenstürzt oder ein Wagenrad abläuft, so ist ein solches „Ereigniß“ eine große Zugkraft auf Neugierige aus, die schnell aus allen Richtungen zusammenströmen, und so auch hier. In kurzer Zeit hatten sich Hunderte, ja Tausende von Menschen eingefunden, die erst gar nicht wußten, um was es sich handelte. Durch die Rufe: „Dat sind Streibrelers!“ wurden die Neugierigen bald aufgefäckt, was da „Los“ war. Die immer mehr an-

schwellende Menschenmenge begleitete die Herren Arbeitswilligen bis zu deren Massenquartier, wo ihnen von den Knaben ein „Ständchen“ gebracht wurde. Gegen 7 Uhr ging eine Fensterscheibe in Trümmer, was das Zeichen zu einem Bombardement war, an dem sich, wie Augenzeugen berichten, nur Jungen theilnahmen; die meisten Fensterscheiben des Massenquartiers gingen in Trümmer. Inzwischen war ein Wagen mit eisernen Bettstellen und Matrasen für die Arbeitswilligen erschienen, was ebenfalls mit lautem Hallo begrüßt wurde. Ein Knabe, der sich an dem Bombardement theilgenommen haben soll, wurde von einem Telegraphisten der Feuerwehr abgefaßt. Ein des Weges kommender Arbeiter wollte dem Feuerwehmann den Jungen entreißen, wurde daran aber von einem Schutzmann gehindert. Zwei andere Arbeiter mischten sich dazwischen, was zur Folge hatte, daß alle drei Arbeiter in Haft geriethen. Einem Polizeiaufgebot von etwa 50 Mann gelang es allmählich, die zahlreichen Neugierigen und Kinder zu zerstreuen. Um 12 Uhr Nachts herrschte völlige Ruhe in dieser Straße. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird dieser Vorfall, an dem die Streikenden völlig unbetheiligt sind, seitens der bürgerlichen Presse allerorts wieder gegen die Streikenden ausgelegt werden. Um den auch in der Lübecker bürgerlichen Presse zweifellos erscheinenden Augenmären von vornherein die Spitze abzubrechen, haben wir diese genaue und objektive Schilderung des „S. E.“ wörtlich wiedergegeben.

Kiel. Das Geschwaderkriegsgericht verurtheilte gestern nach vierstündiger Verhandlung den wachhabenden Offizier des Kreuzers „Amazone“, Hauers, wegen fahrlässiger Verschuldung der Beschädigung des Schiffes beim Zusammenstoß mit dem Panzer „Kaiser Wilhelm II.“ zu vierzehn Tagen Kammerarrest. Der Kommandant, Fregattenkapitän Bruch, wurde freigesprochen. Beantragt waren gegen Hauers zweimonatige Festungshaft, gegen Bruch 14 Tage Kammerarrest.

Bremerhaven. Ein mysteriöser Vorgang auf See, dessen Aufklärung kaum jemals gelingen dürfte, beschäftigte das hiesige Seeamt. Am 2. November v. J. verließ das Bremer Bollschiff „Frisia“ mit einer Ladung Harz und Terpentin den Hafen von Penacola, um nach der Weser zu segeln. Am 13. Dezember wurde es bei schwerem Sturm kurz vor der Einfahrt in den englischen Kanal von dem Hamburger Dampfer „Martha Ruf“ mit dem Signal: „Bin in Noth“ gesichtet. Als die „Martha Ruf“ sich dann, um Hilfe zu leisten, bis auf eine halbe Seemeile näherte, zeigte die „Frisia“ plötzlich das Signal: „Muss Schiff verlassen“. Während vorher noch Menschen an Deck sichtbar gewesen waren, zeigte sich jetzt Niemand mehr und auch andere Anzeichen deuteten darauf hin, daß das Schiff von der Mannschaft verlassen sei. Der Dampfer kreuzte noch, nach den ausgefahrenen Booten suchend, 1 1/2 Stunden an der Stelle und setzte dann, da man annahm, daß die Mannschaft von einem anderen, in Sicht befindlichen Dampfer aufgenommen sei, die Reise fort. Das verlassene, weitersegelnde Schiff ist dann drei Tage später auf der französischen Insel Mona gestrandet und waad geworden. Aus den während der Seeamtsverhandlung verlesenen Briefen, welche der Führer der „Frisia“, Kapitän Weisse, aus Penacola an seine Rheberei gerichtet hat, geht hervor, daß ihm dort von seinen 19 Leuten 7 desertirt sind, und daß er nur mit größter Mühe Ertrag durch sehr fragwürdige Elemente gefunden hat. Nachts hat er mit geladener Pistole an Deck Wache halten müssen, um weitere Desertionen zu verhindern; solche wurden von den dortigen Feuerbaasern angezettelt, um die Leute dann auszubenten. Der Reichskommissar bezeichnete den vorliegenden Fall als einen der merkwürdigsten Vorgänge auf See, der in neuerer Zeit bekannt geworden sei. Da die „Frisia“ auch in schwer ledem Zustande auf der Ladung treiben und deshalb nicht sinken konnte, sei kein Grund zum Verlassen des Schiffes ersichtlich. Bei der bunt zusammengewürfelten und aus sehr problematischen Elementen bestehenden Besatzung liege die Vermuthung nahe, daß Kapitän Weisse sein Schiff nicht freiwillig verlassen habe, daß vielmehr eine Meuterei an Bord der „Frisia“ ausgebrochen sei, daß die Mannschaft dann beim Herannahen der „Martha Ruf“ in den Booten das Schiff verlassen habe und im Sturme untergegangen sei. Bei Duesant ist bald darauf eine Leiche angetrieben, welche als die des Schiffszimmermanns von der „Frisia“ identifizirt worden ist. Das Seeamt setzte die Verhandlung aus, um noch nähere Auslagen vom Kapitän Paulsen von der „Martha Ruf“ einzuholen.

Beste Nachrichten.

Breslau. Ueberschwemmung in Schlesien. Infolge Deichbruchs bei Ohlau ergossen sich Fluthen mit mächtigem Druck nach der Stadt zu. Zahlreiche Bestungen sowie viele Gärten stehen unter Wasser. Einzelne Gebäude mußten von den Bewohnern verlassen werden. In Brieg hat die Ueberschwemmung ebenfalls einen bedeutenden Umfang angenommen, alle Saaten, Kartoffeln und Rübenfelder im Ueberschwemmungsgebiet sind vernichtet. In ganz Mittelschlesien wurden zahlreiche Brücken durch Hochwasser fortgerissen.

Thorn. Noch glücklich abgegangen. Dienstag fand auf dem benachbarten Artilleriechiefsplatze in Gegenwart von 30 answärtigen Generalen und hohen Offizieren das Prüfungsschießen statt. Höchst selten kamen mehrere Granaten in fast entgegen-gesetzter Richtung geflogen, die in der Distanz auf Stewlen an der Ringmauer zwischen zwei Banerngehöften einschlugen und krepirten. Die Ringmauer wurde aufgewühlt. Berstet wurde Niemand. Ueber die Ursache des Fehlganges des Geschosses wurde eine Untersuchung eingeleitet.

Erfurt. 14jährige Barschen als Duellanten. Ein blutiger Kampf zwischen zwei 14jährigen Landwirthschülern aus dem Bergkreisdorf Zimmern fand in der Gegend von Erfurt statt. Aus einer geringfügigen Ursache hatte einer der Knaben seinen Kameraden auf Lebenslang angefordert. Beim ersten Gange verfehlte die 9 Millimeter Kugel ihr Ziel; beim zweiten brach einer der Duellanten, in die linke Brustseite schwer getroffen, bewußtlos zusammen. Der sofort aus dem benachbarten Ort herbeigerufene Arzt konnte das Geschöß nicht entfernen und ordnete die schnelle Uebersührung des Verwundeten in das nächste Krankenhaus zu Erfurt an.

Silbesheim. Doppeltes Todesurtheil. Wegen Mordes an der Hansdchter Ida Knackstedt aus Groß Lobbe verurtheilte das hiesige Schwurgericht die beiden jungen Burken Diers und Bartels zum Tode.

Köln. Ein nettes Fräulein scheint der jüngst wegen Verleitung zum Meineid verurtheilte Stadtverordnete Bauer zu sein, denn es ist unabweisbar auch wegen Unterlassung

auf 19 612 713 Mt., die für Streiks aber auf 11 116 429 Mark stellte. Trotzdem die Unkosten der Streiks in den letzten Jahren überwiegend aus den Kassen der Verbände gedeckt sind, überwiegen die Ausgaben für Belehrung und Wohlfahrtseinrichtungen diejenigen für die Streiks ganz wesentlich. Eine Anerkennung der Gewerkschaften staatlicherseits erwarten wir trotzdem aber immer noch vergeblich, ein Beweis dafür, welchen Einfluß unser Unternehmertum in der Gesetzgebung und Verwaltung des Staates heute noch ausübt. Trotz der gewaltigen Anforderungen, welche im letzten Jahre an die Kassen der Verbände gestellt wurden, haben die meisten derselben doch noch einen ganz respektablen Kassenbestand zu verzeichnen.

Auch im verfloffenen Jahre hat sich die Zahl der Organisationen, welche einen Beitrag von weniger als 15 Bfg. pro Woche zahlten, vermindert. Während im Jahre 1900 noch 6 solcher Organisationen gleich 10 Prozent vorhanden waren, sind es im Jahre 1901 nur noch 4 gleich 7 Prozent. Unter 20 Bfg. Wochenbeitrag hatten im Jahre 1900 noch 16 Organisationen gleich 27 Prozent, im Jahre 1901 aber nur noch 11 gleich 19 Prozent. Zwei Verbände, die Formstecher und Müller, haben im letzten Jahre wiederum die Arbeitslosenunterstützung eingeführt, sodaß die Zahl der Arbeitslosenunterstützung zahlender Verbände damit auf 22 gestiegen ist. Weiter haben im Jahre 1901 die Bäcker und die Dachdecker die Einführung der Arbeitslosenunterstützung beschlossen. Bezüglich der Gewährung von Reise-, Kranken- und Invalidenunterstützung sind Veränderungen gegenüber dem Vorjahre nicht eingetreten; desgleichen nicht bezüglich der Lieferung des Verbandsorgans an die Mitglieder. Nach wie vor ist das Verbandsorgan nur bei den Buchdruckern und Steinarbeitern nicht obligatorisch eingeführt resp. wird es den Mitgliedern nicht auf Verbandskosten geliefert.

Internationale Beziehungen bestehen für 32 Berufe. Diese internationalen Beziehungen bestehen in den meisten Fällen in Verträgen mit den gleichen Berufsorganisationen in anderen Ländern bezüglich der Gewährung von Reiseunterstützung an die Mitglieder, wenn diese sich im Auslande befinden. Nur für die Buchdrucker, Handschuhmacher, Hutmacher, Lederarbeiter, Lithographen, Schneider, Steinarbeiter, Textilarbeiter und Transportarbeiter (Hafenarbeiter, Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter und Seeleute) bestehen internationale Sekretariate. Im Uebrigen sind nur internationale Korrespondenzen ernannt, welche die erforderlichen Mitteilungen an die Sekretäre der einzelnen Länder zu machen haben. Im Allgemeinen haben diese internationalen Beziehungen keine nennenswerte Bedeutung. Gegenwärtig liegt die Sache so, daß die Landesorganisationen in den meisten Ländern noch dringend des Ausbaues bedürfen. So lange dieser Ausbau nicht vollzogen und ein allgemein gleichmäßiger geworden ist, wird es sich auf internationale Gebiete nur um Mitteilungen wichtiger Vorkommnisse in der Bewegung oder gelegentliche Unterstützung bei größeren Kämpfen sowie um Fernhaltung des Zuganges bei Streiks handeln können.

Genosse Legien schließt seinen Bericht mit den Worten: Der Bericht über den Stand der Bewegung in Deutschland im Jahre 1901 dürfte die beim Anzug der wirtschaftlichen Krise ausgesprochene Erwartung bestätigen, daß der Verlust an Mitgliedern nicht derart sein würde, um die Gewerkschaften nennenswert zu schwächen. Wir glauben nicht jedoch, wenn wir annehmen, daß auch im Jahre 1902 sich die Lage der Gewerkschaften nicht ungünstiger gestalten wird. Wenigstens können wir nach dem Ergebnis für 1901 erklären: „Es ist keine Ursache zur Besorgnis vorhanden.“ Das Gleiche riefen wir den Gewerkschaften im Dezember 1901 zu, als die wirtschaftliche Krise mit voller Wucht die gewerkschaftliche Bewegung niederdrückte und sich eine pessimistische Stimmung in Gewerkschaftskreisen geltend machte. Heute liegen die Dinge in den Gewerkschaften wesentlich anders und heute ist der Satz doppelt am Platze. Es gilt aber, mit Anspannung aller Kräfte dahin zu arbeiten, daß auch in der ungünstigsten Zeitperiode den Gewerkschaften nicht das Geringste von ihrem Einfluß verloren geht.

Soziales und Partelleben.

Streiks und Lohnbewegungen. Der Streik der Fensterputzer in Braunschweig wurde durch Vergleich beendet. — Zur Lohnbewegung der Berliner

Bauhändler wird gemeldet, daß bis Dienstag Mittag, soweit Berichte vorlagen, auf 14 Plätzen die Lohnforderungen anerkannt und bewilligt wurden, auf 28 Bauten war es zur Arbeitsniederlegung gekommen. Da bereits seit einiger Zeit auf 15 Bauten die geforderten höheren Löhne gezahlt werden, so ist diese Zahl gegenwärtig auf 29 gestiegen. — Ueber die Streikbewegung in Posen wird geschrieben: Der Maurerstreik dauert fort. Von den unverheirateten Meistern sind bereits 400 bis 500 abgereist. Etwa 20 Meister haben die Forderungen der Gesellen bereits bewilligt. Montag ist auch ein Streik der Zimmerleute ausgebrochen. Die nichtorganisierten Zimmerer haben sich mit den organisierten solidarisch erklärt und fordern die Bewilligung eines Mindeststundenlohnes von 45 Pf. Bisher wurden den Zimmerern in einem Dreiklassen-Lohnsatz 30, 40 und 41 Pf. Stundenlohn gezahlt und die Meister wollen nur eine Erhöhung von 1 Pf. pro Stunde eintreten lassen. Die Zahl der Streikenden beträgt 400. Die Bauarbeiter hielten Sonntag eine Versammlung ab, in der beschlossen wurde, in den Streik vorläufig nicht einzutreten und erst den Verlauf des Zimmererstreiks abzuwarten.

Von der 4. Generalversammlung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker. Montag begann in München, Hotel Treffer, die Generalversammlung des Buchdruckerverbandes, nachdem bereits Sonntag Abend eine zwanglose Zusammenkunft der Delegierten in dem gleichen Lokale stattgefunden hatte. Der Verbands-Versammlung vorausging die General-Versammlung der Zentral-Invalidenkasse in Liquidation. Der Rechenschaftsbericht für die Jahre 1899, 1900 und 1901 wurde genehmigt. Das Vermögen der Kasse betrug am 1. April 1902 noch 621 571,72 Mt., die Zahl der Invaliden 154. Im letzten Berichtsjahre wurden an Invalidengelb 58 629 Mt., an Begräbnißgeld 1700 Mt. gezahlt. Beschlossen wurde, den Sitz der Kasse von Stuttgart nach Berlin zu verlegen und die drei amtierenden Personen der Verbandsleitung mit der Leitung der Kasse zu betrauen. Nachmittags begann dann unter Leitung Döblins die eigentliche Generalversammlung des Verbandes; anwesend sind 104 Delegierte und als Gäste die bayerischen Landtagsabgeordneten Schmitt-München und Ehrhart-Ludwigshafen sowie ein Vertreter des österreichischen Buchdruckerverbandes. Den Rechenschaftsbericht des Vorstandes erstattete Döblin unter Bezugnahme auf den vorliegenden gedruckten Bericht, aus dem wir bereits früher das allgemein Wissenswertes mitgeteilt haben. Beiläufig erwähnte er, daß manche Begleiterscheinungen Meinungsverschiedenheiten unter den Mitgliedern hervorgerufen haben: So das Telegramm an den so genannten Grafen v. Posadowsky, dessen Vertreter auf dem Gewerkschaftskongress in Stuttgart sehr herzlich begrüßt worden sei. In der Frage der Regelung des Lehrlingswesens sei die Hilfe der Gesetzgebung notwendig und nur aus dem Grunde habe man das Telegramm an Posadowsky mit unterzeichnet. Die Generalkommission habe ein Einladungsschreiben an Posadowsky gerichtet. Sie war so vorsichtig, zu schreiben. Danach scheint nur das Telegraphieren als reaktionär zu gelten. (Heiterkeit.) Es sei ja natürlich, daß über gewisse taktische Fragen Meinungs-differenzen entstehen können, im ganzen aber hoffe er, daß die Verbandsleitung im Einverständnis mit den Mitgliedschaften den Verband geleitet hat. Redner streifte dann die Verhältnisse in Rheinland-Westfalen, wo den Tarif einzuführen noch nicht möglich war. In der Diskussion will Federlein-Stuttgart auf die Telegramm-Affaire eingehen, Döblin bittet jedoch, die Angelegenheit erst bei der Tariffrage zu erörtern, da der Verbandsvorstand eigentlich mit dem Telegramm nichts zu thun habe, das ja von den Gehilfenvertretern abgehandelt worden ist. Der Redner bemängelte im weiteren Verlauf seiner Ausführungen die Thatsache, daß in der vom Vorstande herausgegebenen Verbandsgeschichte anlässlich des 500jährigen Geburtsstages Gutenberg an einer Stelle die Sozialdemokratie in einer Weise behandelt werde, die zahlreiche Mitglieder des Verbandes verlegen müsse. Er bemängelte weiter, daß der 1891er Streik in dieser Broschüre sozusagen der sozialdemokratischen Partei in die Schuhe geschoben werde. In der Broschüre werde mancher Urtheile der bürgerlichen Presse gebacht, aber verschwiegen, daß nur die sozialdemokratische Presse die streikenden Buchdrucker rüchlos unterstützte habe. Döblin erwiderte dem Vorredner, er wolle die Verantwortung für die

Broschüre nicht abwälzen, aber für jedes Wort könne er nicht verantwortlich sein, dafür siehe Reghäuser's Name als Verfasser auf dem Buche. Die Behauptung in der Broschüre, daß die sozialdemokratische Partei gegen hohe Gewerkschaftsbeiträge sei, da darunter die Partei kasse leide, sei doch richtig. Auf dem Gewerkschaftskongress in Halberstadt habe der Abg. Wegger sich in diesem Sinne ausgesprochen und ausdrücklich erklärt, so wie er, denke die ganze Faktion. Den Streik von 1891 schiebe die Broschüre nicht der Sozialdemokratie in die Schuhe, sie konstatiere nur, daß der Streik infolge der bei den Wahlen von der Partei entfalteten Begeisterung entstanden sei; das sei kein Vorwurf für die Partei. Er sei gewiß nicht mit jedem Worte in der Broschüre einverstanden, aber er habe nicht den Beruf in sich gefühlt, den Censor zu spielen. Reghäuser-Leipzig will nur kurz auf die Anklagen Feuersteins eingehen, die ganze Stellung der Buchdrucker zur Partei werde ja noch einmal bei der Haltung des „Correspondent“ ausgerollt werden. Die Broschüre sei keine Gelegenheitsarbeit, auch kein Flugblatt, sondern ein Mittel zur Erziehung der Mitglieder für gewerkvereintliche Arbeit. Den Stellen gegenüber, die Feuerstein vorgelesen habe, könne er Stellen gegen die bürgerliche Gesellschaft, gegen den Staat, gegen die Unternehmer anführen, die diese Stellen paralytisiren. Er habe eben eine objektive Darstellung gegeben und es gehöre eine große Voreingenommenheit dazu, solche Angriffe zu erheben, wie Feuerstein es gethan. Er habe die Partei sehr milde behandelt, seine Darstellung sei abhängig von dem Gesamtverhalten der Partei gegen die Buchdruckerbewegung. Er habe es für seine Aufgabe gehalten, endlich eine reinliche Scheidung in dem Sinne herbeizuführen, daß es klar werde, daß die Buchdrucker sich nicht bedingungslos von der Partei beschimpfen lassen. Man solle doch seine Persönlichkeit nicht in den Vordergrund stellen. Wer das thue, verwechsle die Wirkungen mit den Ursachen. Man solle nicht glauben, er sei auf den Posten gestellt, beharre auf ihm und nütze ihn aus, nur um seiner persönlichen Animosität gegen die Sozialdemokratie die Zügel schießen zu lassen. Es sei deprimierend für ihn, daß die Generalversammlung damit beginne, die „unschuldige“ Partei in Schutz zu nehmen. Weit eher hätte man damit beginnen sollen, wie den Buchdruckern, die ihre Pflicht innerhalb der modernen Arbeiterbewegung stets erfüllt haben, von der Partei mitgespielt worden sei. (Beifall.) Statt dessen benutze Kollege Feuerstein die erste Gelegenheit, um seine Visitenkarte bei Herrn Ignaz Auer abzugeben. (Wiederholter Beifall.) Dominik-Frankfurt erklärt, die Broschüre habe nur das Wohl des Verbandes im Auge gehabt. Eine Partei, wie die Sozialdemokratie, werde wohl noch eine so objektive Kritik vertragen können. In der Parteipresse seien viele ehemalige Buchdrucker als Rebakteure thätig und diese trügen einen Haupttheil der Schuld an den Reibereien zwischen der Partei und den Buchdruckern. Diese Rebakteure entwickelten sich meist aus konservativen Verbandsfunktionären zu radikalen Politikern und griffen, um sich bei der übrigen Arbeiterschaft liebes Kind zu machen, den Verband an. So sei es z. B. mit Scheidemann gewesen. (Der stellvertretende Vorsitzende Arie-Stuttgart ersucht den Redner, keine Personen in die Debatte zu ziehen.) Man müsse überlegen, wie man sich gegebenenfalls solcher Kollegen entledigen könne. (Widerstand bei einer Anzahl Kollegen.) Man einigte sich schließlich dahin, diese Diskussion jetzt abzubrechen und erst beim Punkt „Correspondent“ wieder aufzunehmen.

In der weiteren Fortsetzung der Diskussion wurden meist innere Verbandsangelegenheiten erörtert.

Dem Arbeiterssekretariat in Göttingen wurden seitens des Ministeriums 200 Mark zur Anschaffung von Gesetzbüchern bewilligt. — In Lübeck hat man nur Geld für sportliche Veranstaltungen usw. übrig, nicht aber für Arbeiterinstitutionen, selbst wenn die Allgemeinheit davon großen Nutzen hat.

Genosse Vollmar ist nach der „Münch. Post“ so ernstlich an Influenza erkrankt, daß ihn die Aerzte auf mehrere Wochen nach Hause beordern haben.

Ein Denkmal für Peter Lavroff ist in Paris am 22. Juni enthüllt worden. Die Anregung dazu ist durch eine Versammlung von Delegierten aller sozialistischen Richtungen Russlands im Februar 1900 gegeben worden. Ebenfalls hat man damals die Herausgabe der Biographie und der Werke Lavroffs beschlossen.

war er allmächtiger Minister, der vor einer Stunde erst den Ausdruck des vollsten Vertrauens seines Landesherrn entgegengenommen hatte, und er sollte solche Sprache dulden! Sollte er diesen Hellmann jetzt noch empfangen? Es that ihn bereits leid, ihn gerufen zu haben. Wer wußte, ob er überhaupt kommen würde! Vielleicht hatte er Furcht — der Minister ertrug sich jetzt selber bei einer Schwäche. Er wußte wieder lächeln. Wer den Rath hatte, das zu schreiben, der hatte auch Rath genug, ihm persönlich die Stirn zu bieten. Er dachte an Vera und an ihren Paß, den er mit ihr damals abgeholt hatte, und er sagte halb laut vor sich hin: „Nicht man ihnen den kleinen Jünger, so nehmen sie die ganze Hand.“

Es klopfte und der kleine Kammerath erschien wieder. „Gzellan? — Herr Hellmann.“

„Ah — lupus in fabula,“ entfuhr es unwillkürlich des Grafen Spitta. „Lassen Sie Herrn Hellmann einziehen, lieber Gottlieb. Und dann sorgen Sie, daß wir ungestört sind.“

Der kleine Kammerath lächelte bedenklich und war dann wieder verschwunden.

„Nun darauf stand Hellmann dem Grafen gegenüber. Der Minister wußte eines Andern erwartet haben, als diese hohe, kräftige Gestalt mit dem prächtigen, von kranker Leidenschaft ergriffenen Christuskopf voll Energie und Leben, denn er sah einen Angerathen jenseits des ersten Kabinetts Hellmanns, ehe er die höfliche Verbeugung desselben nicht erwiderte. Dann wies er mit einer Handbewegung auf einen Stuhl.“

„Nehmen Sie Platz, Herr Hellmann.“

„Dankend Hellmann dies that, ließ auch der Minister auf einen Stuhl sich nieder.“

Dann begann er in leichtem Tone:

„Sie werden sich wundern, wie ich dazu komme, Sie zu einer Unterredung einzuladen, gerade Sie, einen meiner schärfsten Gegner, aber das Gefühl, daß ich Ihnen durch

das Verhältnis Ihres Fräulein Schwester zu meiner Familie nicht so ganz fremd gegenüber stehe, hat mir die Sache etwas erleichtert — aber Pardon, daß ich vergaß, — bitte einen Augenblick.“

Er erhob sich wieder und holte ein Kästchen mit Zigarren und Feuerzeug herbei.

„Ich liebe es, die Zigarren direkt aus der Kiste zu rauchen. Schon der Geruch des Holzes wirkt einladend und zwingt mich dazu.“

Er hielt ihm die Kiste hin.

„Darf ich bitten — Sie rauchen doch?“

„Ja — aber ich danke, Gzellan.“

„Es klang höflich, aber kurz und bündig.“

Der Minister blühte ihn einen Augenblick schweigend an, dann sagte er wieder:

„So rauchen Sie vielleicht eine Zigarette oder türkische Pfeife?“

„Ich danke, Gzellan.“

„Es klang eben so höflich, aber bestimmt wie zuvor.“

Und abermals betrachtete ihn der Minister mit derselben schweigenden Miene. Aber er mußte doch sehen, ob diese Antipathie nur gegen seine Zigarren gerichtet war.

„So trinken wir vielleicht ein Gläschen Exportbier zusammen. Ich liebe es, während der Unterhaltung mit meinem Partner mich diesem Geruch hinzugeben.“

„Ich danke, Gzellan.“

Jetzt stand der Graf unwillig auf und setzte die Kiste auf ihren Platz. Dann fragte er factisch:

„Danken Sie überall immer so, wie bei mir, Herr Hellmann?“

„In derselben Situation — ja.“

„Dieser Mann mit der bestimmten kurzen Antwort begann dem Minister zu imponiren. Er nahm wieder Platz.“

„Sie sagen, in derselben Situation, ich verstehe Sie, trotzdem ich es gern gesehen hätte, wenn Sie mir darin ent-

gegen gekommen wären, wenigstens diese augenblickliche Situation zwischen uns beiden nicht so feindselig aufzufassen, wie es Ihre Feder sonst zu thun pflegt.“

Er lächelte, während Hellmann kurz einwarf:

„Das sind Ansichten, Gzellan. — Darf ich Sie bitten, mir den Zweck meines Hierseins auszuwachen?“

Graf Kraft fühlte sich mit einem Male etwas bekümmert. Er empfand das Gefühl, als hätte er hier einen Felsen vor sich, auf dem sein Samen keine Früchte tragen werde. Jetzt hieß es zeigen, was er als Diplomat gelernt hatte.

„Sie sind Politiker von Beruf, Herr Hellmann, was halten Sie von dem Kolossischen Projekt?“

Ueber das Gesicht des Redakteurs lag eine blühende Bewegung. Er wußte im Moment, was der Minister vor ihm wollte. Dazu also diese Einladung: um ihn zu loben? Er hätte laut aufschreien mögen über diese Zumuthung — er fand sie einfach lächerlich.

„Gzellan? wollen wissen, was ich von dem Kolossischen Projekt halte? Ich hätte gewünscht, daß ein Anderer an mich diese Frage gestellt hätte, als ein so berühmter Politiker, wie Sie.“

Der Minister blickte etwas mißtrauisch auf.

„Oh — ich verstehe Sie. Sie wollen mir spöttisch Allwissenheit octroyiren. Sie sehen aber, welche einen Respekt ich selber vor dem Wissen und den Talenten meiner Gegner habe. Ich stelle diese Frage nur, um Ihr offenes Urtheil als Volksmann zu vernehmen.“

„Und dies sollte der einzige Zweck meines Hierseins sein?“

Es klang ein ganz leiser Spott aus dieser Frage, der ein Anderer überhört hätte, nur Graf Kraft nicht.

(Fortsetzung folgt.)